

Freie Presse

Anzeigenpreis: Die nebengehaltene Nonpareillezeile 40 Pfg. — Ausland 50 Pfg.
Die viergehaltene Kellame-Petitzelle 2 M. — Für Plakatschriften Sonderpreis
Anzeigenannahme bis 7 Uhr abends.

Bezugspreis: Die Zeitung erscheint täglich morgens. Montag: mittags. Sie kostet
in Lodz und Umgegend wöchentlich 1 Mark 50 Pfennige, monatlich 8.— Mark,
bei Postverwand M. 1,75 bezw. M. 7.—

Nr. 157

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Petrikauer Straße 86

2. Jahrgang

Die Antwort der Entente auf die deutschen Gegenanschläge.

Paris, 19. Juni. (P. A. L.)

Die Denkschrift der alliierten Staaten, die der deutschen Friedensdelegation überreicht worden ist, bildet eine 66 Druckseiten umfassende, in englischer und französischer Sprache verfaßte Broschüre, deren Inhalt sich in 14 Abschnitte teilt und wie folgt lautet:

Völkerbundsfrage.

In Punkt 1 des alliierten Entwurfs ist gesagt: jeder Staat kann dem Völkerbund beitreten, sofern seine Aufnahme von 2/3 der Bundesmitglieder beschlossen wird und falls dieser Staat sein aufrichtiges Bestreben hinsichtlich der Einhaltung aller seiner völkerrechtlichen Verpflichtungen garantiert und sich der vom Völkerbund bestätigten Verordnung, die Höhe seiner Militärkräfte betreffend, unterwirft. Die deutschen Gegenanschläge stellen fest, daß die deutsche Friedensdelegation bereit sei, den Völkerbundsvertrag unter der Bedingung zu unterschreiben, daß Deutschland mit dem Moment der Unterschrift des Friedens in den Völkerbund unter denselben Bedingungen aufgenommen wird, wie die anderen Staaten.

Die Alliierten antworten: Was die deutschen Wünsche betrifft, darf nicht vergessen werden, daß die Ereignisse der letzten 50 Jahre nicht solcher Art waren, daß eine Ausnahme von der üblichen Regel gemacht werden könnte. Eine Probezeit sei notwendig. Die Dauer dieser Probezeit hängt wesentlich von dem Verhalten der deutschen Regierung und seinem Verhalten in Bezug auf die Erfüllung des Friedensvertrags ab. Falls diese unwiderstehlichen Bedingungen erfüllt werden sollten, sehen die Alliierten und Assoziierten keinen Grund, den Beitritt der Deutschen zum Völkerbund in naher Zeit zu verhindern. In der Frage der Formulierung des Vertrags selbst stellen die Alliierten fest, daß mit dem Augenblick, da die Deutschen in den Völkerbund treten, sie in Handelsfragen Anspruch auf gleiche Behandlung wie die anderen Bundesmitglieder erheben können.

Die Frage der deutschen Grenzen und der politischen Klauseln.

Die Bestimmungen über das Saarbecken bleiben unverändert. Bezüglich Elsaß-Lothringens erwähnen die Deutschen nichts davon, daß diese Länder an Frankreich zurückgegeben werden sollten. Sie schlagen ein Plebiszit vor, welches sich für die Angliederung an Frankreich oder an Deutschland oder für eine völlige Unabhängigkeit mit der Möglichkeit des Abzuges von Verträgen mit den Nachbarn aussprechen soll.

Die Alliierten antworten: Sämtliche Klauseln, betr. Elsaß-Lothringen, sind nichts anderes als eine Auffassung des Punktes 8 der 14 Grundzüge, die von den Deutschen bei Abschluß des Waffenstillstandes als die Grundlage zum Frieden angenommen worden sind. Die Ungerechtigkeit, die die Preußen im Jahre 1871 Frankreich gegenüber in der Elsaß-Lothringischen Frage begangen haben, hat den Weltfrieden 50 Jahre lang bedroht und muß wieder gutgemacht werden, damit im Interesse aller der Frieden gesichert werden könne. In Anbetracht dessen erklären sich die alliierten und assoziierten Staaten mit einem Plebiszit in diesen Provinzen nicht einverstanden. Deutschland, das den Punkt 8 der Grundzüge bei der Unterzeichnung des Waffenstillstandes angenommen hat, ist nicht berechtigt, ein Plebiszit anzustreben, da Elsaß-Lothringen zu den Territorien gehört, die geräumt werden müssen. Die Bevölkerung Elsaß-Lothringens hat dies nie gewünscht, im Gegenteil, diese Bevölkerung hat fast 50 Jahre lang gegen die Störung ihrer Ruhe und gegen die Uebergriffe der Kraft, welcher sie 1871 zum Opfer gefallen war, protestiert. Der Wille dieser Bevölkerung unterliegt keiner Anweisung und die alliierten und assoziierten Mächte müssen ihn achten.

Die oberösterreichische Frage.

Die Verhandlung über das Statut des schlesischen Kohlenbeckens war eine der lebhaftesten Diskussionen. Die Deutschen verlangen dort ein Plebiszit, vergessen aber ihre eigene Bevölkerungsstatistik vom Jahre 1910, die eine bedeutende Mehrheit von Polen dorthin selbst feststellt. Die

Alliierten erklären sich mit diesem Plebiszit einverstanden. Die Art und Weise seiner Durchführung ist im Friedensvertrag des näheren dargelegt. Die alliierten Mächte würden sich glücklich schätzen, wenn man von einem Plebiszit absehen würde. Gegenwärtig werde sich die Durchführung des Plebiszits hinziehen und eine Besetzung des Gebiets durch fremde Truppen veranlassen.

Die See- und Luftschiffahrtsbestimmungen.

Deutschland erklärt sich in seinen Gegenanschlägen mit der Herabsetzung des Seereschiffes auf 100 000 Mann und mit der Abschaffung der Kriegsmarine einverstanden. Die Zugeständnisse, die die verbündeten Mächte in dieser Angelegenheit gemacht haben, sind folgende: Den Deutschen ist es erlaubt, ihr Heer stufenweise zu reduzieren, wobei ihnen größere Freiheit zugesprochen worden ist als ursprünglich so daß im Laufe von 3 Monaten ihr Heer höchstens 200 000 Mann betragen darf. Nach Ablauf dieser drei Monate bestimmen die alliierten und assoziierten Mächte den weiteren deutschen Seereschiffstand für 3 Monate.

Im Abschnitt 7, in welchem die Alliierten ihre Hauptklauseln bezüglich der

Schuld am Ausbruch des Krieges

wiederholen, wird in Bezug auf das gerichtliche Verfahren gegen den Kaiser Wilhelm Art. 227 des Vertragsentwurfs vom 5. Mai aufrechterhalten, da nach Auffassung der Alliierten die Verletzung in den Anlagezustand das Mindestmaß dessen sei, was man für das größte Verbrechen gegen die völkerrechtliche Moral tun könne. Die Mächte erklären, daß sie geneigt sind, im Laufe eines Monats nach Unterzeichnung des Vertrags die abgegebene Liste derjenigen vorzustellen, die ausgeliefert werden sollen.

In der Entschädigungsfrage

haben die Deutschen in ihren Gegenanschlägen sich damit einverstanden erklärt, daß die Entschädigung bis zum 1. Mai 1926 in einem Betrage von . . . (in dem Draftbericht eine Lücke) Milliarden Mark in Gold und der Rest vom 1. Mai 1927 ab gezahlt werden wird, wobei die Gesamtsumme der Entschädigung in keinem Falle 100 Milliarden in Gold übersteigen darf. Die Deutschen beklagen sich darüber, daß die Entschädigungskommission eine tyrannische Kommission sei und wollten in den Ausschuss aufgenommen werden. Die Alliierten vertragen aber den Standpunkt, daß sie Beschlüsse der Kommission weder als Verletzung der Uebermacht noch als eine Quelle der Ungerechtigkeit Deutschland gegenüber auslegt werden können und behaupten, daß die Deutschen im Laufe von 4 Monaten nach Unterzeichnung des Vertrags die Möglichkeit haben werden, Vorschläge vorzubringen, die sie als für sich günstig erachten. Die alliierten und assoziierten Mächte werden sie dann zur Kenntnis nehmen.

Abchnitt 10 betrifft die

wirtschaftlichen Klauseln.

Die Alliierten halten nach wie vor ihren Wunsch aufrecht, daß sie in der Uebergangszeit hinsichtlich der Regelung des Handels größere Freiheiten genießen als ihre Angreifer. Im gegenteiligen Falle würden die Deutschen aus ihren verbrecherischen Taten, die sie in den Besetzungsgebieten hinsichtlich der Unterbindung der wirtschaftlichen Betätigung des Gegners begangen haben, Nutzen ziehen. In Anbetracht dessen müssen die alliierten Mächte im Laufe von, mindestens 5 Jahren der Gerechtigkeit zur Ehre Deutschland auf Gegenseitigkeit beruhende Bedingungen in Bezug auf die Handelsumfänge auferlegen.

Die Grundlagen für eine Verständigung.

Paris, 19. Juni. (P. A. L.)

Das Komunique über die Grundlagen einer Verständigung enthält folgendes: Die Zivilverwaltung in den besetzten Gebieten verbleibt in Händen der Deutschen und ist abhängig von der deutschen Zentralregierung mit dem Vorbehalt, daß die deutschen Behörden unter Androhung ihrer Abberufung alle seitens der Obersten Kom-

mission erlassenen Bestimmungen ausführen müssen. Artikel 6 lautet, daß diese alliierten Besatzungstruppen das Recht der Regierung haben. Die deutsche Regierung wird nach wie vor der Unterhalt des Okkupationsheeres und die durch die Niederlassung der Obersten Kommission entstandenen Kosten bestreiten.

Artikel 7 und 8. Die alliierten Truppen verbleiben weiterhin in den Lokalen, die sie gegenwärtig innehaben und die die deutsche Regierung sich verpflichtet, in gutem Zustande zu erhalten. Falls sich diese Lokale für den Aufenthalt der Truppen als ungenügend erweisen sollten, dürfen die Alliierten ergänzende Räumlichkeiten requirieren. Die Zivilbeamten dürfen unter der Zivilbevölkerung wohnen.

Artikel 9: Die alliierten Truppen oder die Oberste Kommission zahlen keine deutsche Steuern und erhalten alle für das Heer notwendigen Lebensmittel kostenfrei.

Artikel 10: Bahnen, Straßenbahnen, sowie Benützung der Flüsse und Kanäle sind unentgeltlich.

Artikel 11 und 12: Das Personal der Post-, Telegraphen- und Telefonämter untersteht der Aufsicht der Obersten Kommission, die das Vorgehen bei Benützung aller Telegraphen- und Telefonlinien genehmigt.

Clemenceaus Entschuldigung.

Paris, 19. Juni. (P. A. L.)

Anlässlich der Ereignisse während der Abfahrt der deutschen Friedensdelegation richtete Clemenceau an den Führer der Delegation einen Brief nachstehenden Inhalts:

Herr Vorsitzender!

Ich habe erfahren, daß im Augenblick der Abfahrt der deutschen Delegation aus Versailles gestern Abend sich eine Volksmenge vor Ihrer Wohnung versammelte und eine Verwirrung verursachte hat. Ich beileide mich, Ihnen mein Bedauern anlässlich dieser verbrecherischen Handlungsweise, die das Gastrecht verletzte, auszudrücken. Diese Kundgebung war möglich infolge durch Abwesenheit einer erforderlichen Anzahl von Polizeiorganen, die nach Versailles zur Aufrechterhaltung der Ruhe abkommandiert war. Der Präfect des Departements Seine stattete Herrn von Ganiel einen Besuch ab und bat um Entschuldigung. Der Polizeikommissar wurde wegen Unterlassung der Vorsichtsmaßnahmen gemäß den ihm gemachten Anweisungen seines Amtes entsetzt.

Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Die Lage in Deutschland.

Scheidemanns Stellung gestärkt.

In den letzten Tagen war in der ausländischen Presse oft davon die Rede, daß die Stellung der gegenwärtigen deutschen Regierung erschüttert sei und daß die Unabhängigen sehr bald aus Ruder gelangen würden. Der Berliner Korrespondent der „N. W. Z.“, von dem man annehmen muß, daß er die politische Lage objektiv beurteilt wird, meldet nun das Gegenteil. Er schreibt seinem Blatte:

Die Unabhängigen hatten unzweifelhaft für den Beginn dieser Woche eine große Aktion zum Umsturz der gegenwärtigen Regierung geplant. Da die Regierungstruppen ihre Mitwirkung bei einem solchen Putsch verweigert haben, wollten die Unabhängigen mit dem Mittel des Generalstreiks den Rücktritt der Regierung erzwingen, um selbst die Macht zu übernehmen. Der Generalstreik sollte unter der Parole für die Unterzeichnung des Friedensvertrages proklamiert werden. Die Antwort der Entente war für Freitag angekündigt und ist erst im letzten Augenblick verschoben worden. Und pünktlich am Freitag haben als die ersten die Hilfsarbeiter der Zeitungsdruckereien, die durchweg der unabhängigen Partei angehören, unter dem Vorwande von Lohnforderungen den Streik begonnen, deren wirksamster Zweck es war, die bürgerlichen und mehrheitssozialistischen Blätter mundtot zu machen. Der Streik war also als Vorläufer des großen Generalstreiks in ganz Deutschland gedacht.

Mein Gewährsmann, der sich an hervorragender amtlicher Stelle befindet, versicherte mir: Vor drei Tagen war der Putsch der Unabhängigen

noch eine beschlossene Sache. Inzwischen haben die Unabhängigen ihn als vorläufig aussichtslos aufgegeben und man kann sagen, daß für diese Woche ein Umsturz nicht zu erwarten ist.

Zu den Änderungen in den Plänen der Unabhängigen haben folgende Momente beigetragen: Die Enthaltungen Noskes über die Verhandlungen der Parteiführer der unabhängigen Partei mit den Regierungstruppen, die innerhalb der Partei wie eine Sprengbombe gewirkt haben, zweitens der Verlauf des sozialdemokratischen Parteitag in Weimar, der auch über Erwartung des Kabinetts hinaus einen für die sozialdemokratischen Mitglieder des Kabinetts günstigen Verlauf genommen und mit einer überwältigenden Vertrauenskundgebung für die sozialistischen Minister geendet hat, wodurch die Position des Kabinetts wesentlich gestärkt worden ist. Drittens, die einem Generalstreik immer mehr abgeneigte Arbeiterschaft in ganz Deutschland, was am eindrucksvollsten am Freitag, dem Tage der Beerbigung der Rosa Luxemburg, zum Ausdruck gekommen ist.

Alles das hat es den Unabhängigen ratsam erscheinen lassen, ihren Putschversuch vorläufig aufzugeben. Ihr Entschluß scheint aber erst so spät gefaßt worden zu sein, daß man den Streik der Hilfsarbeiter in den Zeitungsdruckereien nicht mehr hat abfangen können. Dieser Streik war ein Lohnkampf, hatte aber keine politische Bedeutung.

Die Regierung Scheidemann sieht augenblicklich fester als je im Sattel und wird, wenn es notwendig sein sollte, auch die Belastungsprobe einer Verweigerung der Unterschrift unter den Friedensvertrag aushalten können.

Neue Umstürzbewegung in München.

Der Münchener Korrespondent der „Vossischen Zeitung“ meldet seinem Blatte: In München traf die Nachricht von einem Putsch der Militärpartei in Berlin ein, der sich auf das ganze Reich ausbreiten sollte. Wie die Verhältnisse in Berlin liegen, kann hier nicht beurteilt werden. In Bayern ist daran nicht zu denken. Militärbehörden und Regierung befinden sich in völliger Uebereinstimmung, und wie mir von dem Oberkommandierenden mitgeteilt wird, ist an einen Putsch oder irgendwelche Bewegung der Militärbefehlshaber gegen die Regierung nicht zu denken. Es hat sich aber nahezu zweifellos ergeben, daß diese Marnachrichten ein Manöver der Unabhängigen waren, um auf die Münchener Truppen einzuwirken. Die einzige Gefahr die für München überhaupt besteht, ist die starke Organisation der Unabhängigen und wachsender Machtungen, der sich heute erwiesenermaßen schon mit dem Gedanken des Staatsstreiks beschäftigt. Inwiefern der Münchener Streik — es erscheinen keine Zeitungen — in Zusammenhang mit diesem Manöver der Unabhängigen zu bringen ist, steht noch nicht fest, doch besteht der dringende Verdacht eines Zusammenhanges.

Amerikas Hilfe für Europa.

Die Wiederaufrichtung der europäischen Industrie.

„Echo de Paris“ meldet: Banderlip, der Chef der bedeutendsten amerikanischen Bank, hat der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten erklärt, daß bezüglich der von den Vereinigten Staaten zu leistenden Unterstützung bei der Wiederaufrichtung der europäischen Industrie Europa als Einheit betrachtet werden müsse und daß es genüge, einer einzigen Nation oder einer Gruppe von Nationen mit Ausschluß einer anderen zu helfen.

Um der Lähmung der europäischen Industrie, die politische Unruhen herbeizuführen drohe, abzuwehren, soll zwar nicht die amerikanische Regierung den europäischen Mächten Kredit gewähren, aber die Banken Amerikas und anderer Gebiete sollen ein Konsortium organisieren, das die Zufuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen nach Europa zu finanzieren hätte. In England und Frankreich bestünde eine ernste Tendenz, zu glauben, daß Amerika auf seine Vorschüsse verzichten solle. Mit Rücksicht auf die wachsende Verbreitung dieser Anschauung wäre es am Platze, die amerikanischen Vorschüsse einzustellen. Die Anleihen sollten durch Privatreise gegen die besten Garantien, die Europa

Das
nach A
lehteren
großen
nett nur
7. Mai
die mit
enthält.
außerden
wort en
Vertrags
diesem
richtet
werden,
für ein
werden
Aus
Rabinett
an welc
betheiligt
Sitzung
der deu
jahren.
mon d